

C.H. Beck Arbeitsschutz

Arbeitsschutzgesetz und -verordnungen

Ein Leitfaden für die betriebliche Praxis

von
Dr. Norbert Franz Kollmer

3. Auflage

Arbeitsschutzgesetz und -verordnungen – Kollmer

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit



Verlag C.H. Beck München 2008

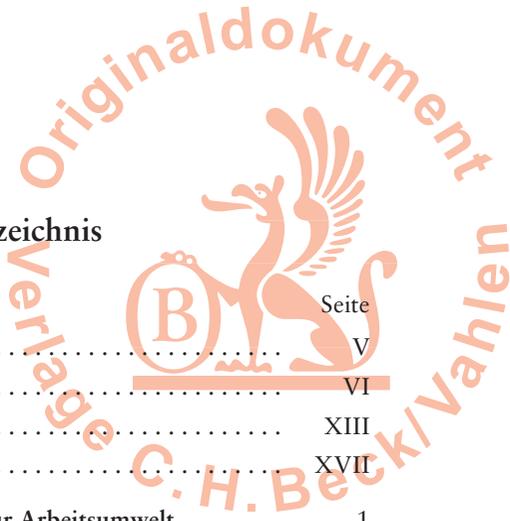
Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 57823 6

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur 3. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage 1997	VI
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Literaturverzeichnis	XVII
A. Die Evolution: vom Arbeitsschutz zur Arbeitsumwelt	1
I. Ein kleiner Rückblick	1
II. Eine „kleine Geschichte“ unseres Arbeitsschutzrechts	2
1. Öffentlich-rechtlicher und zivilrechtlicher Arbeitsschutz	2
2. Technischer, sozialer und medizinischer Arbeitsschutz	3
3. Auch Rechtsgrundlagen haben eine Hierarchie	4
B. Entstehung des Arbeitsschutzgesetzes	7
I. Europäische Vorgaben	7
1. Europäische Rechtsetzung im Arbeitsschutz	7
2. Europäische Arbeitsschutzrichtlinien	8
II. Die Umsetzung in Deutschland	12
1. Der „Flopp“: Versuch eines Arbeitsschutzrahmengesetzes im Jahr 1993	12
2. Arbeitsschutzgesetz	12
C. Für wen gilt das Arbeitsschutzgesetz?	15
I. Überblick und Gliederung	15
II. Zielsetzung des Arbeitsschutzgesetzes	16
III. Anwendungsbereich des Arbeitnehmergesetzes	18
1. Wer kommt als Arbeitgeber in Frage?	18
2. Wer ist daneben für die Erfüllung der Arbeitgeberpflichten verantwortlich?	20
3. Welche Beschäftigten werden vom Arbeitsschutzgesetz erfaßt?	22
4. Welche Beschäftigten sind ausgenommen?	23
5. Der Sonderfall der arbeitnehmerähnlichen Personen	23
6. In welchen Tätigkeitsbereichen gilt das Arbeitsschutzgesetz konkret?	27
D. Pflichten des Arbeitgebers	31
I. Welche Grundverpflichtungen hat der Arbeitgeber?	31
1. Arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren	32
2. Menschengerechte Gestaltung der Arbeit	33



	Seite
II. Arbeitsschutzmaßnahmen: Arbeitgeber muss anpassen und überprüfen	33
III. Organisatorische Sicherstellung des Arbeitsschutzes	34
IV. Die „eisernen“ Grundsätze des Arbeitsschutzes	35
1. Gefahren sind zu minimieren	36
2. Gefahren sind an der Quelle zu bekämpfen	37
3. Die Grundlagen der Schutzmaßnahmen sind zu beachten	37
4. Arbeitsschutzmaßnahmen sind miteinander zu verknüpfen	38
5. Kollektive gehen individuellen Schutzmaßnahmen vor	39
6. Gefahren für besonders schutzbedürftige Personengruppen sind zu beachten	39
7. Die Beschäftigten sind geeignet anzuweisen	40
8. Geschlechtsspezifische Regelungen sind nur ganz bedingt zulässig	40
V. Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation	41
1. Gefährdungsbeurteilung	42
2. Dokumentationspflicht	56
3. Erfassung von Unfällen	63
VI. Übertragung von Aufgaben	64
1. Wer ist in der Pflicht?	64
2. Was bedeutet „Befähigung“ im Sinne des ArbSchG?	65
VII. Zusammenarbeit mehrerer Arbeitgeber	66
1. Wer hat zusammenzuarbeiten?	67
2. Wie ist bei Beschäftigten verschiedener Arbeitgeber zusammen zu arbeiten?	67
3. Beschäftigte anderer Arbeitgeber werden im eigenen Betrieb tätig	67
VIII. Unterweisung	68
1. Allgemeine Unterweisungspflicht	68
2. Geeignete Anweisungen für besonders gefährliche Arbeitsbereiche	70
3. Zugangsbeschränkungen	71
4. Die Rolle des Betriebsrats	72
IX. Besondere Gefahren	72
1. Begriff der „unmittelbaren erheblichen Gefahr“	72
2. Nachteilsverbot: Was bedeutet das konkret für den Beschäftigten?	74
3. Entfernungsrecht der Beschäftigten	75
X. Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen	76
1. Erste Hilfe	76
2. Brandbekämpfung	77
3. Evakuierung	77
4. Aufgabenwahrnehmung durch den Arbeitgeber	78
XI. Wo ist der Betriebsrat in Fragen des Arbeitsschutzes beteiligt?	78

	Seite
1. Mitbestimmung des Betriebsrats nach dem BetrVG	79
2. Sonstige Mitwirkungsrechte nach dem BetrVG	83
3. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats außerhalb des BetrVG	84
4. Sonstige Mitwirkungsrechte außerhalb des BetrVG	85
E. Beschäftigten-Pflichten	87
I. Sorge für die eigene Sicherheit	87
1. Möglichkeiten und Grenzen	87
2. Eigenverantwortung	88
3. Eigengefahrabwendung	89
II. Beschäftigte müssen auch für die Sicherheit von Kollegen, Arbeitgeber und Dritten sorgen	89
III. Arbeitsmittel ordnungsgemäß verwenden	90
IV. Gefahren und Defekte sind unverzüglich zu melden	91
1. Auch Gefahrenverdacht kann Meldepflicht auslösen	91
2. Unverzügliche Meldung ist wichtig	92
V. Beschäftigte unterstützen Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit	92
VI. Beschäftigten-Pflichten „nach sonstigen Rechtsvor- schriften“	93
VII. Pflichtverstöße durch Beschäftigte – die Folgen	94
1. Behördliche Maßnahmen und Verwaltungsakte	94
2. Bußgeld und Strafrecht	94
3. Arbeitsrechtliche Konsequenzen	95
F. Rechte der Beschäftigten	97
I. Jeder hat das Recht auf einen arbeitsschutzkonformen Arbeitsplatz	97
II. Arbeitsverweigerung bei Gesundheitsgefährdung?	98
1. Seit jeher geltende Leistungsverweigerungsrechte	98
2. Entfernungsrecht bei Gefahr	98
III. Vorschläge unterbreiten	100
IV. Darf der Beschäftigte den Arbeitgeber bei der Behörde anzeigen?	101
1. Vorrang hat das innerbetriebliche Beschwerdever- fahren	102
2. Problem: Arbeitgeber hilft der Beschwerde nicht ab	103
3. Konsequenzen der berechtigten Anzeige	103
V. Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen auf Wunsch	104
1. Inhalt und Ausmaß der Verpflichtung	104
2. Ansprüche des Beschäftigten	105
VI. Nichtraucherchutz am Arbeitsplatz	106
1. Regelung in der Arbeitsstättenverordnung seit 2002	106
2. Nichtraucherchutz als Arbeitgeberpflicht	107
3. Aber: Ganz so leicht hat es der Arbeitgeber nicht	108

	Seite
4. Umsetzungsmöglichkeiten für den Arbeitgeber in der Praxis	109
5. Betriebsvereinbarungen über Rauchverbote	110
6. Muster-Betriebsvereinbarung Nichtraucherschutz	111
VII. Weitere zivilrechtlich anerkannte Rechte	114
G. Vollzug des Arbeitsschutzgesetzes	117
I. Der Vollzug als ureigenste staatliche Aufgabe	117
1. Staatlicher Vollzug	117
2. Wer ist zuständige Behörde?	120
3. Inhalt, Grenzen und Durchführung der staatlichen Überwachung	121
II. Die sog. „Experimentierklausel“ zugunsten der Unfallversicherungsträger	122
III. Sondervorschriften für öffentliche Dienststellen	124
IV. Behördliche Befugnisse	125
1. Auskünfte und Unterlagen können verlangt werden	125
2. Verweigerungsrechte und Schranken	126
3. Betretungsrechte der Arbeitsschutzbehörden	127
4. Prüfungsrechte der Arbeitsschutzbehörden	130
4. Konsequenzen bei Weigerung?	131
6. Anordnungen der Behörde	131
7. Befugnisse der Unfallversicherungsträger	139
V. Behördliche Beratungspflichten	140
1. Wie weit geht die Beratungspflicht der Gewerbeaufsicht?	141
2. Können auch Haftungsfragen geklärt werden?	142
VI. Datenschutz, Geheimhaltung und Zusammenarbeit mit anderen Behörden	142
1. Statistische Mitteilungen	142
2. Geheimhaltungspflicht	143
3. Zusammenarbeit	144
VII. Bußgeld- und Strafvorschriften	145
1. Ordnungswidrigkeiten	145
2. Straftaten	147
3. Verantwortung im Betrieb	149
VIII. Rechtsbehelfe im Verwaltungs- und Bußgeldverfahren	151
1. Der „Klassiker“: Widerspruch	152
2. Klage vor dem Verwaltungsgericht	154
3. Einstweiliger Rechtsschutz	155
4. „Formlos, fristlos, fruchtlos“: Die formlosen Rechtsbehelfe	156
5. Rechtsbehelfe im Bußgeldverfahren	157
H. Weitere Änderungen mit Inkrafttreten des ArbSchG	161
I. Änderung des Arbeitssicherheitsgesetzes	161
II. Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes	162

	Seite
III. Änderung der Gewerbeordnung	162
IV. Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes	162
I. Das neue Unfallverhütungsrecht im Siebten Buch Sozialgesetz- buch	163
I. Arbeitsschutz und Unfallverhütung: Die Grundlagen	163
1. Duales System	163
2. Unfallverhütungsvorschriften	165
3. Organe der Unfallverhütung	165
II. Unfallverhütungsrecht im Überblick	168
1. Grundsatzregelung	168
2. Unfallverhütungsvorschriften	168
3. Überwachung, Beratung, Aufsichtspersonen	170
4. Unternehmer, Versicherte, Sicherheitsbeauftragte	171
5. Außer- und überbetriebliche Zusammenarbeit	172
III. Die seinerzeitigen Neuerungen des SGB VII	174
1. Wichtige Neuerungen im Überblick	174
2. Erweiterter Präventionsauftrag	174
3. Pflicht zur Ursachenforschung	175
4. Zusammenarbeit mit Krankenkassen	175
5. Einbeziehung ausländischer Unternehmen	175
6. Gemeinsame Ansprechstellen	176
J. Die auf dem ArbSchG beruhenden Arbeitsschutzverordnungen	177
I. Warum eigentlich „Arbeitsschutzverordnungen“?	177
II. Persönliche Schutzausrüstungen – Benutzungsverordnung (PSA-BV)	180
III. Lastenhandhabungsverordnung (LasthandhabV)	182
IV. Bildschirmarbeitsverordnung (BildscharbV)	184
V. Die (neue, erweiterte) Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV neu)	187
VI. Baustellenverordnung (BaustellV)	193
VII. Betriebssicherheitsverordnung (Zweiter Abschnitt)	196
VIII. Mutterschutzrichtlinienverordnung (MuSchRiV)	204
IX. Biostoffverordnung (BiostoffV)	207
X. Lärm- und Vibrationsarbeitschutz-Verordnung (LärmVibrationsArbSchV)	223
Anhang I: Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)	239
Anhang II: Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Gesetzliche Unfallversicherung (Auszug)	253
Anhang III: BauA-Fragebogen betriebliche Arbeitsschutz- organisation	261
Stichwortverzeichnis	273